

„Tempolimit die billigste Möglichkeit“

Besuch Anton Hofreiter (Grüne) über die Öl-Abhängigkeit und den Hochwasserschutz

Memmingen | wam/bum | „Mobil ohne Öl - Zukunft oder Gegenwart“: Mit diesem Thema beschäftigte sich der promovierte Biologe und Obmann im Verkehrsausschuss des Bundestages, Dr. Anton Hofreiter, bei einem Informationsabend im Maximilian-Kolbe-Haus: „Es gibt Wege, sich aus der Ölabhängigkeit zu lösen.“ Hofreiter sprach sich für ein Tempolimit auf den Autobahnen aus. Dies sei die billigste Möglichkeit: „Das Limit kann ruhig bei 150 Stundenkilometern liegen.“

Damit ließe sich zwar nicht viel Verbrauch einsparen, aber es würde die Fahrzeugtechnik wesentlich billiger und Verbraucher freundlicher machen. Leider sei Deutschland weltweit das einzige zivilisierte Land ohne Tempolimit, trotz höchster globaler Integration.

„Vom Öl kommen wir noch nicht so schnell los, aber die unzweifelhafte Endlichkeit der Rohölvorräte fordert eine gänzlich andere Art von Mobilität.“ Heute sei die Mobilität zu mehr als 95 Prozent vom Öl abhängig, aber die Effektivität des Transportwesens sei auch ganz er-

heblich gewachsen – das heute größte Containerschiff nehme etwa 14000 Standardcontainer auf.

Bei seinem Besuch im Unterallgäu traf sich Hochreiter auch mit Vertretern der Bunten Liste und des Bund Naturschutz. Treffpunkt war eine Brücke über die Günz, wo der Damm für eines der beiden großen Rückhaltebecken bei Ottobeuren quer durchs Günztal verlaufen könnte. In Frage stellten die Teilnehmer, dass für die derzeit bei den Gemeinden vorliegenden, staatlich stark geförderten Hochwasserschutzmaßnahmen ein sogenanntes hundertjährliches Hochwasser zugrunde gelegt werde. Damit würde die Günz mit großen Flüssen wie Iller oder Isar gleich gestellt. Hofreiter zeigte sich verwundert, dass die Regierung von Schwaben in einer Broschüre das Günztal mit dem Biotopverbund als eine wichtige Achse im Naturraum bezeichne und dennoch diese extremen Eingriffe stattfinden sollen. Auf Bundesebene sei eine Verbesserung wichtig, damit Hochwasserschutzbereiche nicht mehr bebaut werden dürfen.